

Breite Allianz gegen den Abbruch der Maag-Hallen

Kulturszene und Politiker fordern die Eigentümerin des Areals auf, den Veranstaltungsort in Zürich-West zu erhalten

ADI KÄLIN

Der grosse Hammer für die Maag Music & Arts AG kam vor gut zwei Wochen: An ihrer Medienkonferenz über das Geschäftsjahr 2020 teilte die Swiss Prime Site (SPS) als Eigentümerin des Areals beiläufig mit, dass der Wettbewerb für die Neugestaltung des verbleibenden Restgebiets des einstigen Industrieareals abgeschlossen sei. Man habe sich für das Projekt des Berliner Büros Sauerbruch Hutton entschieden, das den Abbruch der beiden grossen Veranstaltungshallen vorsehe. Dass das hoch gelobte Konzertsaalprovisorium der Tonhalle als solches nicht erhalten werden kann, war schon früher bekanntgeworden.

Erfolgreich seit zwanzig Jahren

Die Maag Music & Arts AG betreibt auf dem Areal einen Theatersaal mit 900 Plätzen und die Tonhalle Maag mit 1250 Plätzen. Seit zwanzig Jahren sind zahlreiche Produktionen lanciert worden, darunter grosse, populäre Musicals wie «Ewige Liebe». Der Betrieb der Maag-Hallen ist nicht subventioniert. Der Mietvertrag mit der SPS wurde bis 2025 abgeschlossen, allerdings mit der Option auf eine vorzeitige Kündigung auf Mitte 2023.

Dass die SPS von dieser Option Gebrauch macht, wurde bei der Präsentation an der Bilanzpressekonferenz klar. Angekündigt wurde der Baubeginn für das Projekt Sauerbruch Hutton dort auf das dritte Quartal 2023 – dicke Post für die Mieterin, die zwei Jahrzehnte lang die Hallen bespielt und zu einem schweizweit bekannten Veranstaltungsort gemacht hat. Das Projekt sieht neben dem Wohnhochhaus den Bau eines zweiten, viergeschossigen Gebäudes vor.

Zudem soll der Bau an der Zahnradstrasse 22 (das sogenannte Gebäude K) saniert und neu genutzt werden. Das markante Industrie- und Gewerbehaus



Die Maag-Halle ist ein wichtiges Element des Zürcher Kulturlebens. Sie soll einem Wohnhochhaus weichen.

ALEXANDRA WEY / KEYSTONE

stammt aus dem Jahr 1941 und wurde dank einer Vereinbarung mit dem Zürcher Heimatschutz ins Inventar der schützenswerten Bauten aufgenommen. Die damaligen Architekten, Debrunner und Blankart, gehörten zu den führenden Industriearchitekten der Schweiz. Zwischen 1927 und 1960 prägten sie die Fabrikanlage mit diversen Bauten.

Dass nun ausgerechnet jener Fabrikteil abgebrochen werden soll, in dem erfolgreich Kulturveranstaltungen stattfinden, hat eine grosse Protestwelle aus-

gelöst. Auf der Website «Retten wir die Maag-Hallen» appellieren weit über hundert Künstlerinnen und Künstler, Quartierbewohner, Veranstalter, Ladenbetreiber, Politikerinnen und Politiker an die SPS, die Hallen doch zu erhalten und ins Neubauprojekt zu integrieren.

Es gebe ja ein zweites, ebenfalls pflanzenfertiges Projekt der renommierten französischen Architekten Lacaton & Vassal, das rund um und über die Maag-Hallen gebaut worden wäre. Mladen Tomic, der Sprecher der SPS, bestä-

tigt diesen Sachverhalt auf Anfrage, präzisiert aber: Man habe tatsächlich von allen teilnehmenden Architekturbüros verlangt, je eine Variante mit Erhalt der Hallen und eine ohne abzuliefern. Schliesslich habe sich das Unternehmen für jenes Projekt entschieden, das am meisten seinen Vorstellungen entsprochen habe. Detailliert werde über den Wettbewerb im Juni im Rahmen einer «Hochparterre»-Sondernummer informiert. Zudem finde Mitte Jahr auch eine Ausstellung statt; dazu werde man auch

die Petitionäre einladen und ihnen das Siegerprojekt vorstellen, sagt Tomic.

Nur noch eine Buchhandlung?

Die SPS hat versprochen, auch im Rahmen des Neubaus einen Kulturbereich zu realisieren. Christoph Gysi von der Kulturmeile Zürich-West, die sich seit Jahren um ein lebendiges Quartier bemüht, zweifelt daran, dass da tatsächlich wieder etwas mit Ausstrahlung entstehen kann. Weil der Kulturbereich im Neubau zwischen zwei Wohneinheiten liege, könnten dort höchstens leise Veranstaltungen und eine eher publikumsarme Nutzung entstehen. Wahrscheinlich gebe es am Ende ein Café mit einer Buchhandlung, mutmasst er.

Mladen Tomic will noch keine Aussagen über die künftigen Kulturangebote machen. Man halte sich aber ans Versprechen, dass Kultur auf dem Areal immer eine Rolle spielen werde. Sie werde nicht im bisherigen Rahmen stattfinden können, sagt er. Aber es werde sicher mehr als eine Buchhandlung geben.

Das Komitee «Retten wir die Maag-Hallen» und die Vereinigung Kulturmeile Zürich-West werden von einer grossen Zahl von Kulturschaffenden unterstützt. Christian Höhener und Peter Winkler vom Comedy-Duo Lapsus lassen sich mit folgender Aussage zitieren: «In den letzten zwanzig Jahren engagierte die Maag-Halle über 1000 Künstlerinnen und Künstler – und dies jeweils über eine längere Zeit. Hier würde ein wichtiger Arbeitsort wegfallen.»

Unter den Unterstützerinnen und Unterstützern befinden sich auch bürgerliche Zürcher Politiker wie etwa Stefan Urech (svp.) oder Elisabeth Schoch (fdp.). Sie sagt: «Ich setze mich für ein attraktives Bauprojekt ein, das Quartierleben, Arbeitswelt und Ausgang kombiniert – zum Wohle von Zürich-West und gegen einen anonymen Totalneubau.»

Sogar die Pandemie kann den Finanzen nichts anhaben

Im Sommer warnte der Stadtrat vor einem Fehlbetrag in dreistelliger Millionenhöhe – nun sehen die Zahlen viel besser aus

MICHAEL VON LEDEBUR

Ende 2019 war Corona nicht viel mehr als eine Lungenkrankheit, die in China zirkulierte. Man kann dem Stadtrat und den Gemeinderäten also schlecht vorwerfen, dass sie nicht hatten kommen sehen, was das Budgetjahr 2020 bringen würde. Das Budget sah einen Ertragsüberschuss von 27,1 Millionen Franken vor. Vergangenen Juni machte der Finanzvorstand Daniel Leupi (gp.) klar, dass diese Zahl Makulatur sei, und bestellte zu diesem Zweck eigens die Medien zu sich. Damals sagte er: «Wir rechnen 2020 mit einem negativen Ergebnis im tiefen dreistelligen Millionenbereich.»

Aber die Geschichte endet – für den Moment – mit der für die letzten Jahre üblichen Pointe, wenn es um Zürichs Finanzen geht: Die Rechnung fiel nicht schlechter, sondern besser aus als budgetiert, mit einem Ertragsüberschuss von 54,6 Millionen statt 27,1 Millionen Franken. Und zieht man Nachtragskredite und Globalbudgetergänzungen ab, fällt das Ergebnis sogar noch besser aus, es lag nämlich um 152,4 Millionen Franken über Budget, dies bei einem Aufwand von 8,8 Milliarden Franken. Die Stadt hat sogar Schulden abgebaut und verfügt über ein Eigenkapital von 1,5 Milliarden Franken.

Selbst das schreckliche Corona-Jahr mit all seinen Verwerfungen hat den Stadtzürcher Finanzen also nichts anhaben können. Wie ist das möglich? Es ist nicht so, dass die Corona-Pandemie keine Mehrkosten gebracht hätte. Aber der Einbruch fiel deutlich weniger stark aus, als dies das Finanzdepartement im Frühsommer noch befürchtet hatte. Damals war man von 316 Millionen Franken ausgegangen, effektiv sind es 174 Millionen.

Deutlich geringer als erwartet fiel beispielsweise der Buchverlust bei der Flughafenaktie ins Gewicht. Bei den tatsächlichen Kosten wirkt sich in erster Linie das Veranstaltungsverbot des Bundes auf die stadteigenen Betriebe mit 41 Millionen Franken aus. Die wirtschaftliche Unterstützung schlug mit 15 Millionen Franken deutlich weniger stark zu Buche.

Die Steuererträge der natürlichen Personen fielen um 39,8 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert, aber auch dieser Einbruch war geringer als damals im Sommer befürchtet. Mit 932,2 Millionen Franken liegt der Ertrag bei den juristischen Personen um 12,7 Millionen Franken über Budget – was hauptsächlich auf höhere Gewinnsteuern der Vorjahre zurückzuführen sei, so das Finanzdepartement. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Struktur der hiesigen Wirtschaft, in der Banken und Versicherungen dominieren. Sie waren bisher kaum von der Krise betroffen.

Die Rechnung für die VBZ folgt

Klar ist aber auch, dass die Auswirkungen der Pandemie verzögert spürbar werden. Dies gilt sowohl bei den Steuereinnahmen als auch bei den Ausgaben. Beispielsweise wird das Ergebnis der VBZ die Rechnung erst mit zwei Jahren Verspätung belasten.

Zum Überschuss 2020 beigetragen haben unter anderem auch ein besseres Ergebnis beim Finanz- und Lastenausgleich (plus 22,9 Millionen Franken gegenüber Budget) und Wertberichtigungen sowie Buchgewinne von Liegenschaften (plus 20,5 Millionen Franken gegenüber Budget). Es wurden auch Investitionen nicht getätigt: So gab es

unter anderem bei Strassenbau-, aber auch bei Softwareprojekten. Im Jahr 2020 wurden total 919,4 Millionen Franken investiert.

Dass die Pandemie auch für die erfolgsverwöhnte Stadt Zürich noch nicht ausgestanden ist, ist offensichtlich. Der städtische Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2021 bis 2024 sieht zurzeit jährliche Defizite in Höhe von zwischen 185,4 Millionen Franken (2021) und 241,3 Millionen Franken (2024) vor.

Leupi legte vor den Medien das in seinen Augen pessimistischste Szenario dar. Nach wie vor wachse die Stadt,

was koste, zudem sei infolge der Unternehmenssteuerreform mit einem «Hick» bei den Einnahmen zu rechnen. Und sollte sich der Arbeitsmarkt schlecht entwickeln, könnten am Ende höhere Sozialkosten resultieren. In einem solchen Szenario mit dreifacher Belastung könnte es für die Stadt «deutlich schwieriger» werden, sagt Leupi. Er sei aber optimistisch; zudem verfüge die Stadt über ausreichend Eigenkapital, um einige magere Jahre zu tragen.

Der Stadtrat gibt an, er werde für 2022 und die darauffolgenden Jahre Massnahmen zum Erhalt eines stabilen

Finanzhaushalts «prüfen und bei Bedarf umsetzen». Man könnte dies so interpretieren, dass sich der Stadtrat nach vielen fetten Jahren wieder mit Spargedanken wird herumschlagen müssen. Dazu sagte der Finanzvorstand Leupi, man führe «intern eine Liste von möglichen Massnahmen, die wir bei Bedarf hervorheben». Aber es gebe «keinen Grund für stressige Sparmassnahmen».

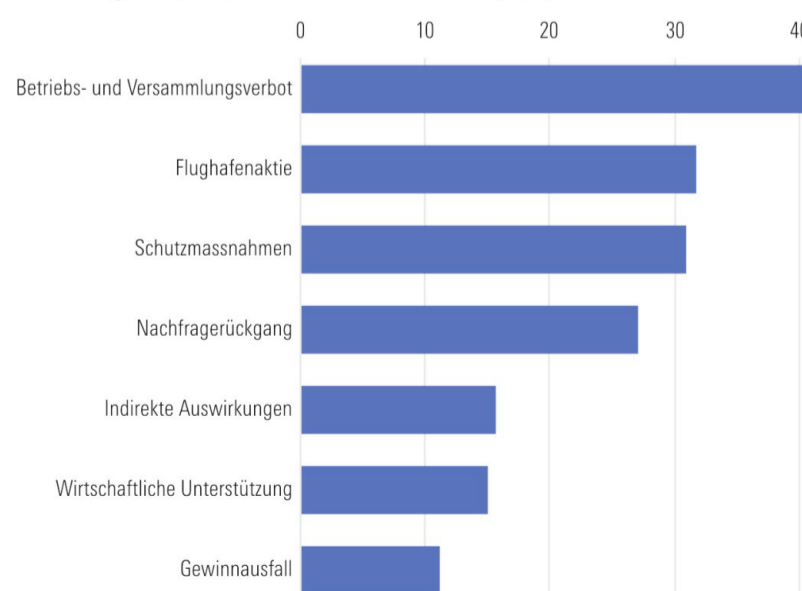
Nicht Verdienst des Stadtrats

Leupi wurde vor den Medien nicht müde, die langfristige Finanzpolitik des Stadtrats zu loben, die sich nun auszahlt. Die Grünliberalen lassen diese Deutung nicht gelten. «Dieses positive Resultat ist nicht der Strategie des Stadtrats zuzuschreiben, sondern liegt vor allem an der zeitversetzten Besteuerung der natürlichen Personen sowie der Beteiligung von Bund und Kanton an pandemiebedingten Unterstützungen.» Es sei bedauerlich, dass der Stadtrat nicht bereit sei, Massnahmen zur Ausgabenreduktion zu prüfen – trotz prognostizierten hohen Defiziten in den kommenden Jahren.

Während die SP und die Grünen die vorausschauende Strategie des rot-grünen Stadtrats loben, betont die FDP die Ungewissheit der konjunkturellen Aussichten. «Die Ausführungen des Finanzvorstehers, er sei grundsätzlich positiv eingestellt und das Eigenkapital gross, ist uns zu nonchalant.» Zudem plane der Stadtrat mit einem Bevölkerungswachstum, aber dieses werde in Pandemiezeiten nicht stattfinden. Eine «Verzichtsplanung» sei unumgänglich. Die SVP legt den Fokus darauf, wem der positive Abschluss letztlich zu verdanken ist. Ihre Medienmitteilung trägt den Titel: «Robuste Wirtschaft rettet Rechnung».

Auch der Staat leidet in erster Linie unter dem Betriebsverbot

Kosten infolge der Corona-Pandemie für die Stadt Zürich, 2020, in Millionen Franken



QUELLE: FINANZDEPARTEMENT DER STADT ZÜRICH

NZZ / mvl